Bauaufsichtliche Behandlung von Brandmeldeanlagen; Anforderungen an die Alarmübertragung

Sehr geehrte Damen und Herren,

I. Bauaufsichtliche Behandlung von Brandmeldeanlagen; Anwendung der DIN 14675

Bauaufsichtlich von Bedeutung sind Brandmeldeanlagen, die

- nach einer aufgrund Art. 90 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BayBO erlassenen Rechtsverordnung (z. B.: § 16 Garagenverordnung oder § 20 Abs. 2 Nr. 2 Verkaufsstättenverordnung) erforderlich sind;

- im Einzelfall nach Art. 60 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 1 BayBO oder zur Kompensation einer nach Art. 70 Abs. 1 BayBO zugelassenen Abweichung von bauordnungsrechtlichen Anforderungen verlangt werden.

Diese Anlagen sollen auf der Basis der in DIN 14675 (Fassung: November 2003)

- Abschnitt 5 – Konzept für BMA,
- Abschnitt 6 – Planung und Projektierung (zu 6.2.5.1 siehe jedoch II.) und
- Abschnitt 7 – Montage und Installation

enthaltenen technischen Regeln, die als technische Regeln im Sinn des Art. 3 Abs. 2 Satz 4 BayBO betrachtet werden können, errichtet werden.

Im Rahmen der bauaufsichtlichen Behandlung ist dabei Folgendes zu beachten:

1. Die Qualifikation von Planern und Firmen sowie deren Nachweis durch Zertifizierung einer akkreditierten Stelle, wie in Abschnitt 4.2 der DIN 14675 gefordert, ist bauaufsichtlich nicht verlangt und somit nicht Gegenstand des bauaufsichtlichen Verfahrens und Vollzugs. Dies gilt entsprechend für die Passagen aus Abschnitt 5, 6 und 7 der DIN 14675, in denen auf Abschnitt 4.2 verwiesen wird. Entscheidend für die Bauaufsicht ist allein, dass vor der Inbetriebnahme des Gebäudes die Wirksamkeit und Betriebssicherheit der Brandmeldeanlage gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 6 Sicherheitsanlagen-Prüfverordnung (SPrüV) vom 03.08.2001 (GVBi S. 593) durch einen verantwortlichen Sachverständigen für sicherheitstechnische Anlagen und Einrichtungen geprüft und bescheinigt sind.
2. In Abschnitt 5.2 der DIN 14675 wird ausgeführt, dass Anforderungen an Aufbau und Betrieb einer Brandmeldeanlage (Schutzziele, Überwachungsumfang, Alarmierungs- und Steuerungsvorgänge) einzelfallbezogen geklärt und festgelegt werden müssen. Da jedoch an anderer Stelle (u. a. in Abschnitt 6.1.1) auch auf DIN VDE 0833-2 (derzeitige Fassung: Februar 2004) verwiesen wird, die – im Widerspruch dazu – nicht auf den Einzelfall abstellt, sondern pauschale Vorgaben zu Überwachungsbereichen und deren Abtrennung zu nicht überwachten Bereichen sowie zu Schutzzzielen und Steuerungsvorgängen enthält, wird ausdrücklich Folgendes klargestellt:

**Fragen konzeptioneller Art**, wie etwa

- **Schutzziele** (Personen- oder Sachschutz, gezielter Schutz von Objekten, etc.),

- **Umfang der Überwachungsbereiche** (Vollschutz, Teilschutz, Schutz von Fluchtwegen etc.) und ggf. deren bauliche Ausbildung (ob z. B. eine brandschutztechnisch wirksame Abtrennung zu nicht überwachten Bereichen erforderlich ist),

- **Art der Melder** (manuell/automatisch; Rauchmelder/Wärmemelder; Punktmeldung/Rauchansaugsystem etc.),

- **Art der Alarmierung** (Fernalarm, Internalarm),

- **Lage der Brandmelderzentrale**,

- **Auszlösung bestimmter Steuerungsvorgänge** (Brandfallsteuerung von Aufzügen, Öffnen von Rauchabzugs- und/oder Zuluftklappen, Aktivieren optischer und/oder akustischer Signale etc.) über die BMA

*z sind Gegenstand des auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnittenen Brandschutzkonzeptes und damit der für Sonderbauten im Rahmen des Bauantrags vorzulegenden und zu prüfenden Bauvorlagen (s. § 14 Abs. 2 Nr. 6 BauVorLV).


5. - Abschnitt 8 – Inbetriebsetzung,
- Abschnitt 9 – Abnahme und
- Abschnitt 11 – Instandhaltung
der DIN 14675 sind nicht Gegenstand des bauaufsichtlichen Vollzugs.
Die in Abschnitt 9 beschriebene Abnahme ist privatrechtlicher Natur und nicht gleichzusetzen mit der für die Bauaufsicht relevanten Prüfung und Bescheinigung der Anlage im Sinne der SPrüfV.

- den verantwortlichen Sachverständigen für die Prüfung sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen (siehe Nr. 1) frühzeitig hinzuzuziehen und
- an dem vereinbarten SPrüfV-Termin auch die für die Gemeinde und/oder den Landkreis zuständigen Führungskräfte der Feuerwehr zu beteiligen.
II. Anforderungen an die Alarmübertragung

Für die Alarmübertragung bitten wir, die folgenden Hinweise zu beachten und, soweit erforderlich, künftig in die Baugenehmigungsbescheide aufzunehmen.

Die DIN 14675 nennt in Anhang A (normativ) drei mögliche Verbindungsarten, die gleichermaßen geeignet und zulässig sind:

- **A2.a:** Festverbindung ("stehende Verbindung") ohne zweiten Übertragungsweg
- **A2.b:** ISDN-D-Kanal/X.25-Netz ("bedarfsgesteuerte Verbindung") und zweiter Übertragungsweg über ISDN-B-Kanal,
- **A2.c:** Festnetzzugang analog oder ISDN ("bedarfsgesteuerte Verbindung") und zweiter Übertragungsweg über separate Trasse (z.B. Mobilfunk).


Die Weiterleitung des Alarms einer Brandmeldeanlage erfolgt

- von einer Alarmübertragungseinrichtung (AÜE) im Gebäude, die von der Brandmeldeanlage angesteuert wird,
- über einen Übertragungsweg (z. B. das öffentliche Telekommunikationsnetz)
- zu einer Alarmpfangeinrichtung (AEE) z. B. in einer behördlich benannten alarmauslösenden Stelle¹.

Die vom Staatsministerium des Innern verfolgte Zielvorstellung für die Weiterleitung sieht vor, dass in der Regel Brandmeldungen von bauordnungsrechtlich ver-

---

¹ Behördlich benannte alarmauslösende Stellen (die die Feuerwehren alarmieren) sind:
- **bis zur** Inbetriebnahme der jeweiligen Integrierten Leitstelle für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ILS) die Feuerwehr-Einsatzzentralen (ständig besetzte). Vorübergehend gelten entsprechend den bestehenden örtlichen Verhältnissen die hierfür bestimmten Polizeidienststellen noch als behördlich benannte alarmauslösende Stellen. Dabei kann, bedingt durch die Polizeireform, eine ggf. kostenpflichtige, temporäre Um- schaltung der BMA auf eine übergeordnete Polizeidienststelle erforderlich werden.
langten Brandmeldeanlagen automatisch an eine behördlich benannte alarmauslösende Stelle weitergeleitet werden (s. IMS Nr. ID5-2203.15 vom 21.04.1995). Auch nach DIN 14675 Abschnitt 6.2.5.1 ist bei Fernalarm die automatische Weiterleitung an die behördlich benannte alarmauslösende Stelle sicherzustellen.

Bis zur Einführung der jeweiligen Integrierten Leitstelle für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung als behördlich benannte alarmauslösende Stelle hält das Staatsministerium des Innern als Ausnahme auch die Aufschaltung auf ein privates Unternehmen für vertretbar.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass


und

- dieser Betrieb die für das Objekt örtlich zuständige alarmauslösende Stelle über den Notruf 112 (über Festnetz oder Mobilfunk) unmittelbar erreichen kann.


Innerhalb der oben beschriebenen Grenzen soll der Bauherr bzw. Betreiber die Frage der Aufschaltung in eigener Verantwortung entscheiden können. Er soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass mit der Entscheidung, die Brandmeldeanlage auf eine private ständig besetzte Stelle aufzuschalten, auch die Verantwortung dafür, dass die genannten Voraussetzungen erfüllt sind und dass diese Art der Alarmierung mit dem Brandschutzkonzept vereinbar ist, bei ihm liegt.

III. Bestehende Brandmeldeanlagen

Bei bestehenden Brandmeldeanlagen, die auf eine behördlich benannte alarmauslösende Stelle aufgeschaltet sind, wird sich im Zuge des Aufbaus der Integrierten Leitstellen die Frage nach einer Umschaltung der Brandmeldeanlage auf diese stellen. Auch durch die Polizeiorganisationss reform kann es erforderlich werden, dass Brandmeldeanlagen, die auf Polizeidienststellen aufgeschaltet sind, auf eine andere Stelle umgeschaltet werden müssen.
Aus Gründen der Gleichbehandlung soll der Bauherr bzw. Betreiber in diesem Fall wie oben unter II. dargestellt verfahren können. Sofern er auf eine andere ständig besetzte Stelle umschalten will, eine bestehende Baugenehmigung durch entsprechende Auflage jedoch die direkte Aufschaltung auf die behördlich benannte alarmauslösende Stelle verlangt, ist ein entsprechender Änderungsantrag zu stellen. Sofern er weiterhin unmittelbar auf die behördlich benannte alarmauslösende Stelle aufschalten will, wird seine Anlage nach Inbetriebnahme der Integrierten Leitstelle auf diese umgeschaltet. Gleiches gilt für Umschaltungen aufgrund der Polizeiorganisationsreform. Diese Umschaltung ist Angelegenheit der Betreiber der Brandmeldeanlagen, ihrer Vertragsunternehmen und der jeweiligen Träger der Integrierten Leitstellen.

IV. Ausblick

Das Staatsministerium des Innern wird die Entwicklung der unter II. beschriebenen Ausnahmeregelung verfolgen und zu gegebener Zeit einen Erfahrungsbericht erstellen. Aus diesem Grund werden die Bauaufsichtsbehörden gebeten, eine Liste zu führen über die ab Erhalt dieses Schreibens genehmigten Brandmeldeanlagen (im Sinne von I.) und die Stellen, auf die sie jeweils aufgeschaltet sind.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Schuster
Ministerialdirektor